

### TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

#### Sitzungsverlauf:

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekanntzugeben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nichtöffentlichen **Sitzung des Gemeinderats am 03.04.2014** wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Gemeinderat nimmt die Bewerbungen zur Besetzung der Schulleiterstelle in der Johann-Michael-Zeyher-Grundschule zur Kenntnis und schlägt eine Bewerberin für die Besetzung vor.
2. Der Gemeinderat beschließt den Neuabschluss des Konzessionsvertrages Strom mit der Netze BW GmbH, Stuttgart. Die Verwaltung und die Werkleitung des bellamar werden beauftragt, die Verträge mit der Netze BW GmbH, Stuttgart, zu verhandeln.
3. Bezüglich der Einrichtung der Freizeitanlage „alla hopp“ wurden folgende Beschlüsse gefasst:
  1. Die Stadt Schwetzingen befürwortet die Einrichtung einer generationenübergreifenden Bewegungs- und Begegnungsanlage.
  2. Der Spendenvereinbarung mit Schenkungsversprechen zwischen der Dietmar-Hopp-Stiftung GmbH (DHS) und der Stadt Schwetzingen wird zugestimmt.
  3. Für die jährliche Unterhaltung der Bewegungs- und Begegnungsanlage wird ein Höchstbetrag festgelegt.
  4. Die Stadt Schwetzingen kann sich grundsätzlich vorstellen, auf dem Gesamtgelände an geeigneter Stelle eine Gaststätte für eine Versorgung der Besucher/innen zu errichten. Sie soll in erster Linie über eine Außenbewirtschaftung betrieben werden. Die näheren Details sind auszuarbeiten.
  5. Die Stadt Schwetzingen schließt einen Erbpachtvertrag über die für das Projekt benötigten Grundstücke ab.
  6. Die Verwaltung wird mit der weiteren Umsetzung beauftragt.
4. Die Stadt Schwetzingen verkauft zwei Grundstücke im Baugebiet Lange Sandäcker II.
5. Der Grundschuldbestellung für ein Erbbaugrundstück in der Ketscher Landstraße wird zugestimmt.

Die weiteren Themen des **Verwaltungsausschusses am 30.04.2014** sind Gegenstand der heutigen Sitzung oder sind nicht zur öffentlichen Bekanntgabe geeignet.



**TOP 2    Bürgerfragestunde**

**Sitzungsverlauf:**

Es gab keine Fragen von Seiten der Bürgerschaft.

### TOP 3 Neufassung der Hauptsatzung Vorlage: 1515/2014

#### Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert kurz die wesentlichen Änderungen der Hauptsatzung. Als Hauptgrund der Änderung verweist er auf die Entscheidung des Gemeinderates, bei den Ausschüssen einen größeren Schwerpunkt auf das Thema Kultur zu legen, da die Kultur gemeinsam mit dem Tourismus einen hohen Stellenwert in unserer Stadt habe. Der Wunsch des Gemeinderats war es, sich mit der Schaffung eines Kulturausschusses mehr in dieses Thema einbringen zu können. Der Kulturausschuss wird zunächst als beratender Ausschuss geführt.

Hingegen entfällt künftig der Umweltausschuss, wobei die Umweltthemen sehr gut im Technischen Ausschuss aufgehoben seien.

Auch bei den Vergaben werde künftig straffer gearbeitet. Der Gemeinderat als Vertretung der Bürgerschaft müsse hier einen Blick darauf haben, um im Sinne der Bürgerschaft handeln zu können.

Der Vorsitzende erläutert weiter, dass in seinen Zuständigkeitsbereich künftig die Vergabe von Leistungen bis 50.000 EUR sowie Vergleiche bis 20.000 EUR fallen. Über diese Summe hinaus werden alle Vergaben im Technischen Ausschuss behandelt. Alle wichtigen bzw. finanziell weitreichenden Entscheidungen bleiben damit in der Entscheidung des Gemeinderats.

Stadtrat Dr. Förster, CDU, ist der Auffassung, dass die Änderung der Hauptsatzung in dieser Form sehr sinnvoll sei, da sich in den letzten Jahren einige Dinge als sinnvoll erwiesen hätten, die jetzt Aufnahme in diese Neufassung gefunden hätten. So sei der Umweltausschuss gut im Technischen Ausschuss aufgehoben und auch der Kulturausschuss sei sinnvoll. Auch die Angliederung des Stadtmarketings würde von ihm für gut befunden, um hier mehr Einfluss auf das Stadtmarketing zu haben. Seine Fraktion stimmt zu.

Stadtrat Dr. Grimm fände es gut, wenn der Kulturausschuss ein beschließender Ausschuss wäre.

Stadtrat Dr. Manske, SPD, findet es sinnvoll, die Zuständigkeiten von Verwaltungsausschuss und Kulturausschuss, wie in der Vorlage beschrieben, zu verändern. Die Umweltausschussthemen jetzt im Technischen Ausschuss zu behandeln, sei ebenfalls sinnvoll, da der Umweltausschuss zu wenig getagt habe und Umweltthemen bei allen anderen Themen allgegenwärtig immer mit dazu behandelt würden. Die SPD stimme zu und hoffe, dass die Neufassung der Hauptsatzung die nächsten 8 Jahre Bestand haben werde.

Der gleichen Auffassung ist Stadtrat Völker, FWV.

Stadträtin Menges, B 90/Die Grünen, hält es für sinnvoll, dass der Umweltausschuss im Technischen Ausschuss verschmilzt. Umweltthemen dürften jedoch nicht unter ‚ferner liefern‘ behandelt werden, sondern sollten immer auch vorrangig thematisiert sei.

Kritisch sehen ‚Die Grünen‘, dass die Vergaben im Technischen Ausschuss angesiedelt würden. Das Argument war, dass die Außenwirkung in der Bevölkerung im Technischen Ausschuss nicht so groß sei und daher die Vergaben eher im Gemeinderat verbleiben sollten. Die Grünen möchten daher diesen Punkt separat zur Abstimmung bringen.

## **Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 08.05.2014**

---

Stadtrat Lorentz, FDP, ist der Auffassung, dass die Neufassung ein strafferes Arbeiten mit sich bringe. Seine Fraktion stimme daher der Vorlage zu.

Danach entspinnt sich noch einmal eine Diskussion im Gremium über den Antrag der Grünen, die Vergaben nicht im Technischen Ausschuss, sondern im Gemeinderat zu behandeln und diesen Punkt getrennt abzustimmen. Nach einhelliger Meinung der anderen Fraktionen kann diesem Antrag aus Formgründen nicht stattgegeben werden. Der Antrag ist jedoch zur Kenntnis genommen.

Es erfolgt eine Abstimmung über den in der Vorlage gemachten Beschlussvorschlag.

### **Beschluss:**

Die Neufassung der Hauptsatzung wird beschlossen.

**Ja 24 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

**TOP 4      Aufhebung des Grundbuchamts Schwetzingen zum 8. Dezember 2014 -  
Einrichtung einer kommunalen Grundbucheinsichtsstelle in Schwetzingen  
zum 9. Dezember 2014  
Vorlage: 1513/2014**

**Sitzungsverlauf:**

Der Vorsitzende erläutert noch einmal kurz die Vorlage und verweist darauf, dass dies eine Landesentscheidung war. Der Landesrechnungshof hatte festgestellt, dass im Bereich der Grundbuchämter Einsparungen möglich seien. Dank des Justizministers Stickelberger konnte die Verlegung nach Tauberbischofsheim zwar abgewehrt werden, die Verlegung nach Mannheim bedeute aber dennoch eine Verschlechterung für die Schwetzingener Bürger.

Mit der jetzigen Lösung, der Schaffung einer Grundbucheinsichtsstelle, könnten die Bürger jedoch auch weiterhin die wesentlichen Leistungen des Grundbuchamtes nutzen. Die Stelle wird an das Bürgerbüro angegliedert, um auch die Öffnungszeiten des Bürgerbüros anbieten zu können. Er sieht keine Mehrkosten für das Personal auf die Stadt zukommen. Es entstehen nur einmal Kosten zur Einrichtung eines Arbeitsplatzes im Bereich Amt 30. Das Angebot ist zunächst befristet auf 3 Jahre. Je nachdem, wie die Grundbucheinsichtsstelle bei den Bürgern angenommen werde, muss bei den Bürgern über die Weiterführung entschieden werden. Positiv sei auch, dass Plankstadt und Oftersheim das Angebot mitnutzen würden und sich finanziell an der Grundbucheinsichtsstelle beteiligen werden.

Stadtrat Dr. Lorentz, FDP, fragt, wie viele Personalstellen denn bislang im Grundbuchamt veranschlagt seien und ob die Stelle der ehemaligen Leiterin, Frau Jacobi, bereits neu besetzt sei. Der Oberbürgermeister antwortet, dass die Stelle neu besetzt sei und rechnerisch ca. 3 Vollzeitstellen im Grundbuchamt existieren.

Stadtrat Dr. Sommer gibt die beigefügte Stellungnahme ab.

Stadtrat Kropp, SPD, verweist darauf, dass die Schließung des Grundbuchamtes eine Entscheidung der Schwarz-Gelben-Landesregierung gewesen sei. Das Grundbuchamt nach Tauberbischofsheim zu verlegen, wäre nicht bürgernah gewesen. Die nordbadische SPD habe daher bei Minister Stickelberger erfolgreich interveniert. Die Neuregelung sei jetzt in ihrem Sinne. Daher unterstütze die SPD das wichtige Dienstleistungsangebot und auch die Kooperation mit den Nachbargemeinden Oftersheim und Plankstadt.

Laut Stadträtin Fackel-Kretz-Keller bedauern die Freien Wähler die Verlagerung des Grundbuchamtes nach Mannheim. Sie begrüßten jedoch ausdrücklich, dass für Vereine weiterhin die Möglichkeit von beglaubigten Unterschriften und Abschriften vor Ort besteht.

Laut Stadträtin Menges begrüße ihre Fraktion die Bürgernähe. Es sei ein guter Kompromiss zwischen Kosten und Nutzen. Der interkommunale Ausgleich mit der Kostenbeteiligung sei eine gute Idee.

Ähnlich äußert sich Stadtrat Lorentz von der FDP. An sich war er nicht für die Grundbucheinsichtsstelle und hielt diese nicht für sinnvoll. Allerdings ist der jetzt gefundene interkommunale Ausgleich zu begrüßen. Die FDP stimme daher der Vorlage zu.

**Beschluss:**

1. Der Gemeinderat stimmt der Einrichtung einer kommunalen Grundbucheinsichtsstelle in Schwetzingen zum 09. Dezember 2014 zu. Gleichzeitig wird für eigene Verwaltungszwecke ein Zugang zum automatisierten Abrufverfahren beantragt.
2. Die Stadt Schwetzingen bietet den Gemeinden Oftersheim und Plankstadt an, die Grundbucheinsichtsstelle mit Sitz in Schwetzingen gemeinsam zu betreiben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtlichen, organisatorischen und personellen Maßnahmen zum Betrieb der kommunalen Grundbucheinsichtsstelle zu treffen.

**Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### TOP 5 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

#### Sitzungsverlauf:

Der Oberbürgermeister äußert sich kurz in eigener Sache zum Artikel in der Schwetzingener Zeitung vom 8. Mai 2014 zur Bruchhäuser Straße. Dies sei eine Pressemitteilung der Freien Wähler gewesen über Aussagen der Kreisrätin Claudia Stauffer aus Brühl, die zur Bruchhäuser Straße informierte. Hierzu der Oberbürgermeister: „In diesem Artikel ist alles falsch. Es ist mir wichtig, dies nochmal richtig darzustellen. Hier ist das Land direkt angesprochen, da es sich um eine Landesstraße und keine Kreisstraße handelt. Das bedeutet, dass wir uns mit dem Regierungspräsidium und nicht mit dem Kreis auseinandersetzen müssen. Wir sind von städtischer Seite aus an dem Thema dran. Aber im Regierungspräsidium ist diese Maßnahme auf der Agenda nicht ganz weit vorne. Die Planung für den Umbau der Bruchhäuser Straße ist komplex und muss in den nächsten Monaten gemacht werden. Dazu sollen auch die Bürger einbezogen werden. Am Ende zahlt die Stadt Schwetzingen den Großteil der Kosten. Dies möchte ich unbedingt noch hier richtig stellen.“

Stadträtin Erny, CDU, hat eine Anfrage zur Asylunterkunft. Sie möchte wissen, ob es richtig sei, dass der Kreis Spielgeräte beschaffe und das städtische Bauamt den Platz bzw. Untergrund dafür vorbereiten solle. Der Oberbürgermeister verneint dies. Er sagt, dass hier grundsätzlich der Kreis dafür zuständig sei und auch der Kreis über einen Bauhof verfüge bzw. die Einrichtungen dafür habe, um dann den Platz vorzubereiten. Dies sei nicht Aufgabe der Stadt.

Eine weitere Anfrage von Frau Erny betrifft den Schälzig und die dortige Beschilderung. Ihr sei im Wahlkampf aufgefallen, dass die Straßenbeschilderung sehr zu wünschen übrig lasse und es auch zu wenig Beschilderung insgesamt gebe. Sie habe sich schwer zurecht gefunden und bittet um die Aufstellung von mehr Straßenschildern. Der Oberbürgermeister antwortet, dass man von Seiten der Verwaltung gerne nochmals einen Blick darauf werfen werde. Ihm sei aufgefallen, dass manche Schilder recht schnell verblassten. Daher werde die Beschilderung nochmal vom Bauhof überprüft werden.

Stadtrat Völker möchte wissen, wie lange die Wildemannstraße noch Einbahnstraße sei bzw. durch den Sparkassenneubau halbseitig gesperrt bleibe. Amtsleiter Seidel antwortet, es liege ein Antrag auf Sperrung bis Dezember vor. Vielleicht aber könne die Aufhebung der Sperrung schon im November erfolgen. Die Sperrung sei noch nötig für die Anlieferung der Materialien für die Außenfassade, aber auch für den Innenausbau.

Stadtrat Dr. Lorentz will wissen, wer bzw. ob die Stadt derzeit Verkehrszählungen in der Bruchhäuser Straße durchführe, da dort der Zählkasten vor einer Weile hing. Die Frage sei auch, ob dieser Zählkasten öfter im Stadtgebiet verändert aufgestellt werde. Der Oberbürgermeister bejaht die Frage und erklärt, man sammle punktuell Werte an Verkehrsschwerpunkten. Was es allerdings mit der Verkehrszählung in der Bruchhäuser Straße auf sich habe, könne er aber auch nicht direkt beantworten.

Stadträtin Maier-Kuhn will wissen, wie der aktuelle Stand beim Lärmaktionsplan sei. Bürgermeister Elkemann antwortet, dass dazu in der übernächsten Woche ein vorbereitendes Gespräch mit einem Ingenieurbüro stattfinde. Das Problem sei, dass die Büros derzeit so ausgelastet seien, dass sie teilweise kein Angebot abgegeben hätten. Stadträtin Maier-Kuhn fragt, wann das Ingenieurbüro vermutlich zum Abschluss komme. Der Oberbürgermeister meint, dass dies bis zur zweiten Jahreshälfte möglich sein müsse.





